

**„Die Wipog ist ein Kompetenzzentrum  
für die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik.  
Wir brauchen ihre ordnungspolitischen Signale gerade in Frankfurt am Main. “**

Grußwort

zum 75. Gründungsjubiläum der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947  
am 29. November 2022  
von Stadtrat Dr. Bernd Heidenreich

Wir sind heute im historischen Gebäude der Börse und der Industrie- und Handelskammer zusammengekommen, um gemeinsam den 75. Geburtstag der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 festlich miteinander zu begehen. Dazu überbringe ich Ihnen die besten Glückwünsche der Stadt Frankfurt am Main und des Magistrats.

Das heutige Jubiläum weist weit über die Grenzen der Stadt Frankfurt hinaus und ist von geschichtlicher Bedeutung für unser ganzes Land. Denn die Gründung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft vor 75 Jahren erfolgte im unmittelbaren Umfeld der historischen Weichenstellungen, die damals für die politische und wirtschaftliche Zukunft der Deutschen vorgenommen wurden – der Vorbereitung der Währungsreform und der damit verbundenen Einführung der Sozialen Marktwirtschaft.

Frankfurt und das Rhein-Main Gebiet lagen dabei gleichsam im Auge des Taifuns, der die Fesseln der Zwangswirtschaft hinwegfegte und den Weg frei machte, für die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Stadt Frankfurt am Main und wir Deutschen haben daher allen Anlass, sich dankbar an jene Gründungsväter der Wipog - Mütter waren wohl keine darunter - zu erinnern, die in diesen Schicksalsjahren die Soziale Marktwirtschaft gedanklich mit vorbereiteten und ihre Einführung wissenschaftlich, unternehmerisch und politisch

begleiteten.

Mit Recht hat man die Liste ihrer Gründungsmitglieder immer wieder ein „who is who“ der deutschen Wirtschaft in jener Zeit genannt.

Einer dieser Männer war Ludwig Erhard.

Nachdem sich der „Wirtschaftsrat“ der Bizone im Juni 1947 im Gebäude der Frankfurter Börse konstituiert hatte, bereitete Erhard als Leiter der Sonderstelle Geld und Kredit der Bizone in Bad Homburg, seit März 1948 dann als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt die Währungsreform vor.

Dank Ludwig Erhard und seiner Mitstreiter in der Wipog war die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik schon früh mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft verbunden, wie es von Alfred Müller-Armack als Versuch entwickelt wurde, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“

Konrad Adenauer und Ludwig Erhard setzten es in konkrete Politik um und schufen so ein Erfolgsmodell für die Bundesrepublik Deutschland. „Wohlstand für alle“ – lautete der programmatische Titel des Bestsellers, den Ludwig Erhard 1957 vorlegte. Er wurde zum Motto für das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit.

Die Soziale Marktwirtschaft war es auch, die die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland beförderte und die Rahmenbedingungen für ihren Aufstieg zu einer der stärksten Industrienationen der Welt schuf.

Wir alle verdanken ihr viel. Das gilt nicht zuletzt für meine Generation, die in einem Wohlstand aufwachsen durfte, der in der Geschichte der Deutschen beispiellos ist.

So kann es nicht verwundern, dass die Ostdeutschen ihre Hoffnungen auf die Soziale Marktwirtschaft setzten, als 1989 die kommunistischen Diktaturen Osteuropas zusammenbrachen, die Mauer fiel und sich das Tor zur Deutschen Einheit öffnete.

Der Weg in die Einheit war für sie auch ein Weg in die Soziale Marktwirtschaft.

Folgerichtig bestimmte der „Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ vom 18. Mai 1990 die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung des vereinten Deutschland.

Im Vertrauen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft prophezeite Bundeskanzler Helmut Kohl damals für die neuen Bundesländer „blühende Landschaften“. Er ist für dieses Wort verlacht und verspottet worden wie kein Kanzler vor ihm. Doch er hat mit seiner Vision vor der Geschichte Recht behalten.

Wer heute jedenfalls durch die Straßen von Erfurt, Dresden oder Stralsund geht, der kann nur bewundern, was dort geleistet wurde.

Ich bin mir sicher: Ohne die Soziale Marktwirtschaft wäre dieses Aufbauwerk so nicht möglich gewesen. Sie hat im Prozess der Deutschen Einheit ihre zweite Bewährungsprobe bestanden und ist heute eine tragende Säule unserer Demokratie.

Die dritte Bewährungsprobe steht ihr allerdings noch bevor:

Mit der höchsten Inflationsrate seit Bestehen der Bundesrepublik bei sinkendem Wachstum und steigender Schuldenlast sowie einer beispiellosen Energiekrise steht die Soziale Marktwirtschaft vor ihr vielleicht stärksten Herausforderung.

Wird sie den Härtesten, den Putin unserer Wirtschaft, unserer Energieversorgung, unseren Sozialsystemen und unserer Verteidigungsbereitschaft aufgezwungen hat, bestehen?

Vor allem aber: Werden die Deutschen akzeptieren, dass ihre Wohnungen kälter, ihre Lebensmittel teurer und ihre Ersparnisse weniger werden, ja, dass sie nunmehr die komfortable Loge verlassen müssen, aus der sie seit vielen Jahrzehnten die Weltpolitik mit warmen Füßen und kalten Herzen beobachtet haben?

Ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen kann. Voraussetzung ist allerdings, dass

wir die Soziale Marktwirtschaft vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den russischen Despoten nicht nur als eine Wirtschaftsordnung, sondern auch als ein Bekenntnis zu Solidarität und Freiheit verstehen. Wir alle müssen bereit sein, den Preis der Freiheit zu zahlen, nicht nur in der Ukraine, sondern auch bei uns.

Bei seinem Deutschlandbesuch im Jahre 1996 hat der polnische Papst Johannes Paul II., geprägt von den Erfahrungen zweier Diktaturen, am Brandenburger Tor uns Deutschen, aber auch den Europäern ins Stammbuch geschrieben:

„Die Freiheit ist ein überaus kostbares Gut, das einen hohen Preis verlangt. Sie schließt Opferbereitschaft mit ein, sie verlangt Wachsamkeit und Mut gegenüber den Kräften, die sie von innen oder außen bedrohen.

Es gibt keine Freiheit ohne Opfer.“

Wann wäre dieser Appell aktueller gewesen als heute?

In diesen Zeiten kann die Wipog wiederum ein Forum sein, auf der die aktuellen Herausforderungen an unsere Wirtschafts- und Sozialordnung verhandelt werden. Wir brauchen ihre Kompetenz und ihr Engagement mehr denn je.

Denn die Wipog ist jenseits ihrer historischen Verdienste bis heute ein Kompetenzzentrum für die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik und ein Anwalt einer freien Marktwirtschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist. Seit vielen Jahrzehnten erhebt sie dazu ihre Stimme. Wir alle wünschen uns, dass diese Stimme künftig mit neuen Formaten noch lauter wird.

Wir brauchen solche ordnungspolitischen Signale gerade in Frankfurt am Main.

In der Internationalen Wirtschafts- und Finanzmetropole laufen viele Fäden zusammen. Als Finanzplatz ist Frankfurt nach dem Brexit der Briten sogar noch wichtiger geworden. Über die Bundesbank und die Europäische Zentralbank wird von hier aus deutsche und europäische Währungs- und Finanzpolitik gestaltet. Frankfurt

und das Rhein-Main-Gebiet sind eines der wichtigsten Zentren für mitteständische Unternehmen in Deutschland.

Deshalb kommt Frankfurt am Main eine Schlüsselfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu. Nicht zuletzt aber wurden und werden in Frankfurt viele gesellschaftlichen und politischen Debatten geführt, die die ganze Republik bewegen.

Jüngstes Beispiel dafür ist die aktuelle Debatte über die Bedeutung der Paulskirche in unserer demokratischen Erinnerungskultur und die Errichtung eines „Hauses der Demokratie“ in Frankfurt.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten dieser Diskussion, dass der doch offensichtliche und historisch gestützte Zusammenhang von freier Wirtschaft, freier Gesellschaft und Demokratie dabei kaum eine Rolle zu spielen scheint.

Schließlich war es doch die Paulskirchenverfassung, die mit der Garantie der Freiheit der Person, der Religion, der Meinung und der Presse auf der einen Seite, der Freiheit des Eigentums, des Gewerbes und des Marktes auf der anderen Seite den Weg in ein moderneres und demokratischeres Deutschland wies.

Ähnliches gilt auch für die Inhalte eines künftigen „Hauses der Demokratie“.

Nach einer vieldiskutierten Konzeptstudie soll dort unsere Demokratie von der Partizipation über den Klimawandel bis zur Globalisierung neu vermessen und jungen Menschen gar vermittelt werden, wie Demokratie „riecht“ oder „schmeckt“.

Es wäre vielleicht eine gute Idee, jenseits der globalen Zusammenhänge und der politischen Esoterik auch einmal daran zu erinnern, auf welchen wirtschaftspolitischen Grundlagen unsere Demokratie steht, was sie der Sozialen Marktwirtschaft verdankt und was wir alle riskieren, wenn wir beides aus dem Blick verlieren.

Eine angemessene Würdigung der Sozialen Marktwirtschaft, aber auch des

Mittelstandes als tragende Säulen unseres Gemeinwesens, gehört jedenfalls nicht nur in die IHK, sondern auch in ein „Haus der Demokratie“.

Sie sehen: In Frankfurt gibt es viel Raum für Beiträge zu einer demokratischen Streitkultur.

Ich wünsche mir von der Wipog: Beteiligen sie sich mit Ihrer Kompetenz und ihrem Sachverstand auch in den nächsten Jahrzehnten daran – mit lauter Stimme.

Sie leisten damit einen Dienst an einer lebendigen Demokratie, für den Ihnen Frankfurt am Main dankbar ist.